

# Bundestagskandidaten diskutieren über Umweltschutz

**Rund 50 Zuhörer lauschten am vergangenen Mittwoch sieben Bundestagskandidat/innen, die auf Einladung der Umweltgruppe Südbaar in Donaueschingen über Umweltthemen diskutierten. Die Kandidaten der AfD und der Freien Wähler blieben der Veranstaltung fern, umso engagierter diskutierten die anderen Kandidaten. Jens Awe, früherer Volkshochschulleiter, moderierte souverän den Abend und führte die Kandidaten durch die drei Hauptthemen „Naturschutz“, „Klimaschutz“ und „Verkehr“**



Thorsten Frei, Parlamentarischer Geschäftsführer der CDU/CSU-Bundestagsfraktion, ließ sich durch den Mönchweiler Bürgermeister Rudolf Fluck vertreten, und so war Derya Türk-Nachbaur die einzige aktive Bundestagsabgeordnete unter den Podiumsteilnehmern. Beim Thema Naturschutz und Natur-Wiederherstellungsgesetz bekannte sie sich ebenso wie ihr grüner Mitkandidat Marin Juric zu einer engagierten Umsetzung der Vorgaben der EU. Etwa schwieriger hatte es Rudolf Fluck, hatte doch seine Partei dieses Gesetz abgelehnt, wie ihm aus dem Publikum vorgehalten wurde. Das wollte Fluck nicht kommentieren: er mache Naturschutz auf lokaler Ebene und das klappe ganz gut. Er sei Kreisvorsitzender der Schutzgemeinschaft Deutscher Wald und wenn man ein gutes Verhältnis zu den Landwirten pflege, könne man vor Ort Gewässer renaturieren und Biotope gestalten. Auf den Vorhalt, warum die CDU das Verbandsklagerecht abschaffen wolle, das doch auf internationalem Völkerrecht basiere, verwies er auf die langwierigen Genehmigungsverfahren, die auch Projekte der Energiewende verzögern. Aber ein Verstoß gegen Regeln des internationalen Rechts komme für ihn nicht in Frage.

Auf die Interessen der Landwirte und der Grundstückseigentümer hob auch Mark Hohensee für die FDP ab. Man müsse die Angebote so attraktiv machen, dass sie freiwillig Naturschutzmaßnahmen umsetzen und so die Ziele des Wiederherstellungsgesetz erreicht werden. Noch radikaler sah das der unabhängige Kandidaten Louis Weißer. Er wolle das europäische Naturschutzgesetz abschaffen, es müsse alles freiwillig sein. Wenn man Gemeinden und Bürgern Geld gebe und sie frei entscheiden ließe, würden sie schon das richtige machen. Von dieser Position, die er auch bei den anderen Themen vertrat, ließ er sich auch nicht durch die jahrzehntelangen gegenteiligen Erfahrungen abbringen, die Zuhörer in die Diskussion einbrachten.

Derya Türk-Nachbaur bedankte sich besonders, dass die Umweltgruppe Südbaar den Umwelt- und Naturschutz wieder auf die Tagesordnung gesetzt habe. Im Wahlkampf-Getümmel der zurückliegenden Wochen sei «das Klima völlig untergegangen». Selina Schmidt (VOLT), von den Grundsätzen her nah bei den Grünen angesiedelt, findet naturschützende Auflagen trotz damit einhergehender Bürokratie völlig in Ordnung. Man wolle laut Parteiprogramm bis 2035 «eine Milliarde Bäume pflanzen».

Alexandra Herrmann von den Linken schöpfte die vorgesehene Redezeit nicht aus. Er/sie wisse nicht so genau, was die Partei zum Natur-Wiederherstellungs-Gesetz sage, und halte sich deshalb zurück.

Beim Klimaschutz wurde kontrovers diskutiert, ob es zu seiner Finanzierung erforderlich sei, die Schuldenbremse zu modifizieren. Grüne und SPD sagen eindeutig ja, VOLT möchte dagegen den Klimaschutz durch den Abbau umweltschädlicher Subventionen finanzieren. Für die marktwirtschaftliche

Lösung sprach sich Mark Hohensee für die FDP aus: Die Ausweitung des Zertifikatehandels würde ohne weitere staatliche Eingriffe die Klimaziele ermöglichen. Man dürfe bloß nicht umfallen und Zertifikate „Nachschieben“, wenn die Energiepreise dann stark steigen. Marin Juric verwies auf die Erfolge, die die Ampelregierung im Klimaschutz erreicht habe, und Derya Türk-Nachbaur verteidigte auch nachhaltigkeitsbezogene Entwicklungshilfe. Die nutze auch deutschen Interessen und bringe Aufträge für deutsche Firmen.

Kontrovers wurde naturgemäß die Kernkraft als Mittel gegen den Klimawandel diskutiert. Während Grüne und SPD sie für nicht erforderlich für eine klimaneutrale Energieversorgung ansehen, möchte Rudolf Fluck sie als Option in Spiel behalten. Dieses Thema ist auch eines, bei dem sich VOLT und Grüne unterscheiden. Eine ZuhörerIn hatte nach diesen Unterschieden gefragt. Selina Schmidt schließt die Kernkraft nicht aus und sieht VOLT als noch pro-europäischer als die Grünen.

Als Louis Weißer, der aus dem Gartenbau kommt, die Frage aufwarf, ob der Klimawandel wirklich so schlimm sei – Pflanzen wachsen schließlich bei hohen CO<sub>2</sub>-Gehalten besser, kam „Faktenchecker“ Jonas Schorpp mit seinem Laptop zum Einsatz: das stimme zwar bis zu einem gewissen Grad, aber der Effekt der Temperaturerhöhungen und dadurch von Dürren hätte einen wesentlich gravierenderen Einfluss auf das Pflanzenwachstum. Auch bei anderen überraschenden Aussagen oder offenen Fragen wie der Effizienz von E-Fuels konnte er Kundiges beitragen.

Beim Verkehr ging es um Tempolimit, Straßenbau am Beispiel der B 523, die Gäubahn die drohenden Strafzahlungen für deutsche Autobauer wegen zu hoher CO<sub>2</sub>-Emissionen. Besonderen Applaus gab es, als Kandidat/innen teilweise deutlich von ihrer Parteilinie abwichen. Rudolf Fluck kann sich mit einem Tempolimit wie in der Schweiz und trägt auch die im CDU-Wahlprogramm verankerte Abschaffung des „Heizungsgesetzes“ nicht mit. Das eigentlich „Gebäudeenergiegesetz“, auf EU-Recht basiert und deshalb nicht abgeschafft, sondern nachgeschärft werden muss. Derya Türk-Nachbaur möchte die strafbewehrten Grenzwerte für CO<sub>2</sub>-Emissionen – anders als Kanzler Scholz und selbst Robert Habeck – beibehalten, was auch Rudolf Flick so sieht. Die (Ultra-)Liberalen Mark Hohensee und Louis Weißer sahen das naturgemäß anders.

Bei seinem Schlusswort resümierte Gerhard Bronner vor versammeltem Publikum, dass die Kandidaten sich in den Zielen einig seien, bei den nötigen Maßnahmen und Strategien aber Welten zwischen ihnen liegen. In der Vergangenheit habe sich eine Umweltpolitik des „Forderns und Förderns“ bewährt, also einer klugen Mischung von Ordnungsrecht und (ökonomischen) Anreizen. Was nachweislich nicht funktioniere, sind reine Freiwilligkeitsappelle. Da die Belastung durch Umweltmaßnahmen beim Einzelnen liege, der Nutzen aber bei der Gesamtgesellschaft, sei das auch so zu erwarten. Wenn man beim Straßenverkehr, beim Brandschutz, beim Baurecht und bei der Drogenbekämpfung auf verbindliche Regeln setze, warum dann nicht im Umweltschutz? Schließlich sei die Erhaltung unserer Lebensgrundlagen kein „nice-to-have“, sondern ein „must-have“.